

Offene **SPEZIAL: Ökologie** Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim März 2020, 29. Jahrg.

Kohlekumpel und Klimaaktivist stehen auf einer Seite

Warum für die LINKEN Ökologie eine soziale Frage ist

Von Sebastian Walter,
LINKE Eberswalde und
Vorsitzender der LINKEN im
Brandenburger Landtag

Fleischverzicht? Flugverbot? Dieselaautos verschrotten? Und alles Bio oder was? Landauf landab wird über den Klimawandel diskutiert. Jeder, der halbwegs bei Verstand ist, zweifelt den menschengemachten Klimawandel nicht an. Vor den Folgen kann niemand mehr die Augen verschließen und es geht am Ende darum, das Wertvollste zu schützen, das es auf unserer Erde gibt – die Natur. Unser gesamtes Wirtschaftssystem ist darauf ausgerichtet, immer mehr, immer schneller und immer größer zu produzieren. Es geht um Wachstum, um das Wachstum von Profiten Weniger auf Kosten fast aller. Die Natur und die Umwelt stehen dem im Weg.

Deshalb ist die Frage des Klimaschutzes nicht individuell zu klären. Wer die Welt verändern will, muss sich erst selbst verändern. Deshalb ist es natürlich richtig, individuell zu schauen, ob wir wirklich jeden Tag Fleisch essen, jede kleine Strecke mit dem Auto zurücklegen müssen oder jeder Urlaub einen Langstreckenflug braucht. Aber löst das unsere Probleme? Nein.

Die Klimakrise geht größtenteils auf das Konto von gerade einmal 90 Unternehmen, die zwei Drittel aller vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen verantworten. Und werden die zur Verantwort-



ung gezogen? Wieder nein. Pendlerinnen und Pendler, Stromzählerinnen und Stromzahler müssen die CO₂-Steuer zahlen, Konzerne nicht. Umweltverschmutzung wird am Ende zu einem Privileg für Menschen, die es sich leisten können. Es ist eben eine Geldfrage, ob ich mir die neue Waschmaschine, den neuen Kühlschrank oder den Einkauf

im Bio-Markt leisten kann. Mit gerechten Chancen für alle Menschen hat das nichts zu tun.

Deshalb ist die Frage wie wir dem Klimawandel begegnen eine zutiefst soziale Frage, weil es am Ende um die Verteilung von Reichtum, Eigentum und letztlich auch von Chancen geht. Ein Ausspielen dieser beiden Fragen gegeneinander darf es nicht geben. Sie müssen gemeinsam beantwortet werden. Eine gerechte Klimapolitik ist nur dann möglich, wenn wir soziale Gerechtigkeit schaffen können. Die jungen Menschen, die freitags auf die Straße gehen, haben letztendlich ähnliche oder sogar gleiche Interessen, wie die Bergbaukumpels in der Lausitz. Sie wissen, dass es mit der Braunkohle bald vorbei sein wird und sie wollen eine sichere Zukunft für nachfolgende Generationen. Die schaffen wir aber nicht, indem wir Familien den Urlaubsflug verbieten oder dem Handwerker das Dieselauto wegnehmen. Das können wir nur schaffen, wenn wir ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem bauen, das nicht auf Wachstum und Profit für wenige ausgerichtet ist, sondern auf die Bedürfnisse von Menschen und Umwelt. Der Kapitalismus oder sogar ein „Grüner Kapitalismus“ ist es nicht.

In dieser Ausgabe

Denken in Jahrhunderten

Wald ist ein Baustein der Zukunft, sein Umbau nicht immer einfach.

2

Ein weites Feld: Warum demonstrieren die Bauern?

Die Probleme der Landwirtschaft sind so vielfältig wie ihre Aufgaben.

3

Bernau.pro.Klima.

Maßnahmen gegen den Klimawandel sind nötig.

4

Die Zukunft steht im Stau

Der lange Weg zur dritten O-Bus-Linie in Eberswalde.

5

Wiederbelebung der Grundzentren

Die „Umlandfunktion“ von Groß Schönebeck, Oderberg, Werneuchen, Joachimsthal und Wandlitz

5

Flächenversiegelung wird zum Problem

LINKE Ahrensfelde: Ja zu Wohnraum und Infrastruktur, aber auch zwingend mehr begrünte Flächen.

6

Aktionsplan „Klimaschutz“ in Wandlitz

Alle Vorhaben der Gemeinde werden auf ihre klimatischen Auswirkungen geprüft.

6

Pro und Contra:

Windkraft

7

Friedensaktionen in Brandenburg

Am 11. Februar hat sich die Barnimer Friedensinitiative in Bernau als Zusammenschluss von Menschen verschiedener politischer Organisationen gegründet. Infos: <https://barnimer-friedensinitiative.de>

Ein Anlass ist das US-Manöver Defender 2020 sowie die dazugehörigen Aktivitäten der NATO, gegen die sich auch DIE LINKE bundesweit stellt. DIE LINKE unterstützt deshalb alle friedenspolitischen Aktionen. Infos: www.dielinke-brandenburg.de/stop-defender2020

+++ **10.03.20** 18.30 Uhr, Bürgerbüro der LINKEN Bernau, Berliner Str. 17, Barnimer Friedensinitiative +++
28.03.20 11 bis 17 Uhr Friedenskonferenz Weißwasser, +++
03.04.20 Aktionstag an der Oder-Neiße-Friedensgrenze +++
04.04.20 Ostermarsch Potsdam +++
08.04.20 Friedenspanzer in Lübben und Luckau +++
12.04.20 Ostermarsch Frankfurt/Oder +++
13.04.20: 5. Lausitzer Ostermarsch, Cottbus,
17.04.20 Brückenaktion Forst

8. März 2020: Frauen-Streiktag!

Auch wenn es in Deutschland seit 100 Jahren das Frauenwahlrecht gibt, sind viele Forderungen der Frauenbewegung noch unerfüllt, heißt es bei der AG Feministische Politik der LINKEN. „Und nicht nur das: Eine neu erstarkende Rechte hat sich das Ziel gesetzt, bereits erkämpftes Recht rückgängig zu machen und Frauen zurück an den Herd zu schicken. Vor diesem Hintergrund, rufen Frauen das erste Mal seit 25 Jahren wieder zu einem Frauenstreik auf. Weltweit wehren sich Frauen damit gegen Neoliberalismus, politische Verrohung, gegen Rassismus, Sexismus und Gewalt an Frauen, gegen Armut, Krieg, den Raubbau an der Natur.“ www.die-linke.de/themen/

feministische-politik



linksaktiv.de



Mitmachen!

<https://www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden>

Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim,
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,
BIC: WELADEDIGZE;
Verwendungszweck: Spende OW.
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

Denken in Jahrhunderten

Der Wald ist ein Baustein für unsere Zukunft, notwendiger Umbau nicht immer einfach.

Von Birgit Großmann
Revierförsterin

Brandenburg verfügt über eine Waldfläche von rund 1,1 Millionen Hektar, das entspricht etwa 37 Prozent der Landesfläche. Stürme, extreme Trockenperioden der vergangenen Jahre sowie Schädlingsbefall und eine zunehmende Zahl von Waldbränden setzen dem Wald insgesamt immer mehr zu.

Ursachen. Brandenburg hat keinen hochwertigen Boden, er wird gern als „Streusandbüchse“ bezeichnet. Die durchschnittliche Niederschlagsverteilung mit unter 600mm pro Jahr und die mittlerweile verschobenen Niederschlagsmengen im Jahresverlauf führen oft im Frühjahr/Früh Sommer zu langen Trockenperioden. Dazu kommt, dass es in Brandenburg immer noch Kiefernreinbestände auf über 70 Prozent der Waldfläche gibt.

Historie. Viele Kiefernforsten der Region sind nicht aus Unwissenheit der Waldbesitzer so entstanden, sondern es lag teilweise an der Einfachheit der Anlage dieser Forstkulturen z.B. auf ehemaligen landwirtschaftlich genutzten Flächen. Ein großer Anteil

der jetzt vorhandenen Kiefernwälder ist aus Reparationshieben nach dem Zweiten Weltkrieg, teilweise noch bis in die 1970-er Jahre entstanden.

Waldumbau und Nachhaltigkeit. Der Begriff Waldumbau wurde nicht erst jetzt durch den spürbaren Klimawandel erfunden, sondern findet in Brandenburg bereits seit über 25 Jahren statt, finanziert durch über 124 Millionen Euro Fördermittel. Aber Walddenken heißt: Denken in Jahrhunderten. Wie wir den Wald heute anlegen, wird erst in 80 bis 100 Jahren Wirkung zeigen.

Übrigens wurde der Begriff „Nachhaltigkeit“ von der Forstwirtschaft „erfunden“: 1713 definierte Carl von Carlowitz: „Nachhaltigkeit ist ein Handlungsprinzip zur Ressourcen-Nutzung, bei dem eine dauerhafte Bedürfnisbefriedigung durch die Bewahrung der natürlichen Regenerationsfähigkeit der beteiligten Systeme (vor allem von Lebewesen und Ökosystemen) gewährleistet werden soll.“

Besitzstruktur. Es gibt unterschiedliche Waldbesitzer wie den Bund, das Land Brandenburg, das Land Berlin, Kirchen, Naturschutzstiftun-

gen, Städte und Gemeinden und sehr viele Privat-Waldbesitzer. Diese unterschiedlichen Besitzformen führen auch zu unterschiedliche Bewirtschaftungskriterien. Wald ist auch ein Wirtschaftsfaktor, was nicht vergessen werden sollte.

In den Waldgebieten größerer Waldbesitzarten findet der Waldumbau auf Grund der oft eigenen Beförderung intensiver statt als teilweise im Kleinprivatwald. Für Revierförster, die im Land Brandenburg Kleinprivatwaldbesitzer mit Rat und Anleitung betreuen, ist es oft nicht einmal leicht, die Waldbesitzer zu finden. Viele ältere Waldbesitzer sind verstorben und die jungen wissen oft nicht, dass sie Wald haben und wo der liegt. Diese Waldbesitzer dann zu ermutigen und sie bei der Planung und Durchführung von Waldumbaumaßnahmen zu unterstützen, erfordert viel Einfühlungsvermögen und Zeit. Oft ist es mühsam, erste Erfolge in den Wäldern zu sehen. Aber wenn sich Waldumbauten gut etabliert haben, sind sie ein gutes Vorzeigebispiel für andere Waldbesitzer, die sich auch Waldumbaumaßnahmen mit Laubholzeinbringung in ihrem

Wald wünschen. Diese Waldumbaumaßnahmen werden gut durch Fördermittel unterstützt.

Ich wünschte mir, dass die Kommunen bei der Frage zur gemeindlichen Entwicklung nicht immer gleich schnell dabei sind, Wald so zu überplanen, dass die Abholzung ein Leichtes wird (siehe Seiten 3 und 4). Und wenn Baumaßnahmen anstehen, könnte man den Rohstoff Holz mehr nutzen, z.B. bei Spielplätzen. Natürlich muss darauf geachtet werden, woher das Holz stammt. Oft wird Holz verbaut, das aus borealen Nadelwäldern (Schneeklima-Gebiete) stammt – wie dort mit dem Wald umgegangen wird, sehen wir nicht. Nachhaltigkeit bedeutet auch: Kurze Transportwege.

Wir schreiben die Geschichte für unsere Nachfahren, wir gestalten die Welt mit großen Auswirkungen auf die Zukunft der Menschheit! Der Wald und unser Wissen und das Verständnis für die Arbeiten im und um den Wald sind ein Baustein dazu, unsere Welt gemeinsam zu erhalten, und das fängt oft im Kleinen an bei uns selbst!

Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Bitte informieren Sie sich vorab.

Kreisverband: Kreisvorstand: Termin für April bitte per E-mail erfragen

Links-Eck Eberswalde:

Heegermühler Str. 14, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-236987, Mail: eberswalde@dielinke-barnim.de

Bürgerzentrum Bernau: Berliner Str. 17, 16321 Bernau, Tel.: 03338-5881, Mail: bernau@dielinke-barnim.de

Regionalgruppe Cuba si: E-Mail: bernau@cuba-si.org [**solid**]: E-Mail: solid-barnim@web.de

Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten:

Sebastian Walter: Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: buero.sebastian.walter@mdl.brandenburg.de, Mo: 9 bis 16 Uhr, Do: 10 bis 17 Uhr

Fraktionen und Ortsverbände in den Städten und Gemeinden:

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-236986 E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de;

23. März, 18 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Alte Eiche“, Kreistag: **11. März,** 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Ahrensfelde: Fraktionssitzung: **12. März,** Rathaus, Gemeindevertretung: **16. März,** 19 Uhr, Rathaus, Ortsverband, Kontakt: E-Mail: ahrensfelde@dielinke-barnim.de.

Bernau bei Berlin: **28. März,** Mitgliederversammlung, Stadtvorstand: **6. April,** 18 Uhr, Bürgerzentrum Bernau;

Fraktion: Mail: fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251;

Fraktionssitzung: **1. April,** 18 Uhr; Stadtverordnetenversammlung: **2. April,** 16 Uhr, Stadthalle Bernau

Biesenthal: Ortsverband: Mail: biesenthal@dielinke-barnim.de;

nächste Stadtverordnetenversammlung: **26. März,** 18 Uhr

Chorin: **26. März,** 19 Uhr, Gemeindevertretung

Eberswalde: Stadtvorstand im Links-Eck Eberswalde: Öffnungszeit: freitags 14 bis 16 Uhr, Fraktion: Tel.: 03334-236987,

Mail: eberswalde-fraktion@dielinke-barnim.de, Stadtverordnetenversammlung: **26. März,** 18 Uhr, Familiengarten

Panketal: Ortsverband: Mail: panketal@dielinke-barnim.de; Fraktionssitzung, **10. März,** 19 Uhr, Gemeindevertretung:

24. März, 19 Uhr Rathausaal Zepernick; Fraktion: Mail: ac.zill@gmx.de;

Schorfheide: Ortsverband: jeden 1. Donnerstag im Monat, 18 Uhr, Treff Procurant, Finowfurt, Alte Mühle 5a

Wandlitz: Ortsverband: **11. März, 9. April,** 19 Uhr, „Barnimer Hof“ Tel.: 033397-64515; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de, Fraktion: **19. März,** 19 Uhr, „Barnimer Hof“, Gemeindevertretung: **2. April,** 19 Uhr, Kulturbühne „Goldener Löwe“

Werneuchen: Tel.: 0173-2478237; Mail: alexanderhorn-Werneuchen@web.de; Ortsverband: **3. April, 19 Uhr,** Partykeller am Bahnhof Werneuchen; Fraktionssitzung: **31. März,** 19 Uhr, Stadtverordnetenversammlung: **2. April,** 19 Uhr, Adlersaal.

Roter Salon Bernau: Eine ungezwungene politische Gesprächsrunde für LINKE und Sympathisanten, jeden dritten Mittwoch im Monat im Bürgerbüro Bernau, Berliner Straße 17. Nächste Termine: **18. März, 15. April,** jeweils 18 bis 20 Uhr.

Impressum

Herausgeber:

Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-22026, Fax: 03334-385489

E-Mail:

offeneworte@dielinke-barnim.de

Redaktion: Petra Bochow (pb), Berit Christoffers (bc), Birgit Hoplitschek (hop), Klaus Kleinmann (kk), Wolfgang Krafczyk (wk), Lutz Kupitz (lk), Margitta Mächtig (mm), Hans-Jürgen Müller (hjm), Sebastian Walter (ViSdP/sw), Bärbel Mierau (bm), Christel Zillmann (cz)

Druck: Druckerei Gottschalk

Auflage: 21.000

nächster Redaktionsschluss:

17. März 2020

nächster Erscheinungstermin:

9. April 2020

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingesandter Zuschriften und kann diese Sinn wärend kürzen.

download: www.dielinke-barnim.de

alle archivierten Zeitungen sind als pdf-Datei vorhanden.

Oder direkt: QR-Code scannen.



Ein weites Feld: Warum demonstrieren die Bauern?

Die Probleme der Landwirtschaft sind so vielfältig wie ihre Aufgaben

Von Rainer Dickmann,
Bauernverband Barnim

Zwei Traktorendemos in Berlin und viele weitere in Städten im gesamten Bundesgebiet beherrschten in den letzten Monaten die Schlagzeilen in den Medien. Die von der neu ins Leben gerufenen deutschlandweiten Bauernbewegung „Land schafft Verbindung“ organisierten Traktorendemos wurden erstmals von einem breiten Bündnis aus der gesamten Landwirtschaft getragen. Dabei zeigte sich deren große Vielfalt. Es gibt konventionell wirtschaftende Betriebe ebenso wie ökologisch wirtschaftende Landwirte. Zu letzteren gehören diverse Verbände wie Demeter, Bioland, Gäa e.V. sowie weitere mit wiederum sehr unterschiedlichen Richtlinien. Landwirte sind organisiert im Bauernverband, im Bauernbund und je nach Tierhaltungsart (Milchvieh, Schweine; Geflügel) oder der vorrangigen Anbaukultur (Spargel, Obst, Gemüse) in verschiedenen Fachverbänden. Das alles bei einer großen Vielfalt der natürlichen Gegebenheiten, vom Spreewald über das Oderbruch bis in die trockene Schorfheide.

Bei einer Umfrage unter Landwirten zur Frage, warum sie demonstrieren, wären die Antworten so vielfältig und differenziert wie die vorab geschilderten Strukturen in der Landwirtschaft. Dabei betreffen die Anliegen der Demonstranten sowohl

die Ausrichtung der EU-Agrarpolitik nach 2020 als auch die Korrektur von Bundesgesetzen oder brandenburgischen Umsetzungsverordnungen. Hier sei als Beispiel die Richtlinie zur Förderung naturbetonter Strukturelemente im Ackerbau genannt. Dabei geht es um das aktuelle Blüh- und Ackerrandstreifenprogramm zur Förderung von Insekten, welches im Mai 2019 noch unter Minister Vogelsänger mit eher abschreckenden Regelungen aufgelegt wurde. Fünf Überarbeitungen in fünf Monaten führten dazu, dass anstatt der möglichen 10 Prozent der Brandenburg Ackerfläche nur auf etwa gut ein Prozent der Fläche diese Streifen angelegt werden.

Die Landwirtschaft funktioniert nicht bei sich ständig ändernden Verordnungen. Sie braucht verlässliche, langfristig tragende auf fachlicher Grundlage beruhende Regelungen. Neben den unterschiedlichen Anliegen der demonstrierenden Landwirte werden einige zentrale Botschaften dann aber doch von der überwiegenden Mehrheit getragen. Dazu gehört eine fachlich fundierte Korrektur der Düngeverordnung, die in ihrer derzeitigen Fassung für einige Tierhalter existenzbedrohend ist, sowie ein klares Bekenntnis zum Erhalt der historisch gewachsenen Brandenburger Agrarstrukturen. Das geplante Agrarstrukturgesetz muss neben der Förderung von kleineren Familienbetrieben auch den vielen größeren



Barnimer Traktoren kurz vor der Abfahrt zur Demo in Berlin. Foto: privat

Mehrfamilienbetrieben weitere Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen. Hier sind noch viele Fragen, insbesondere zum Landkauf für ortsansässige Landwirte unter Verhinderung des Ausverkaufs landwirtschaftlicher Flächen an große Investoren, offen. Es ist ein weites Feld wobei sich noch vieles anführen ließe. Eine Milliarde Euro für die Landwirte als Ausgleich für die Auswirkungen der Verschärften Düngeverordnung erzeugen bei vielen Bürgern böses Blut, sind für die Landwirtschaft ein Tropfen auf den heißen Stein und beseitigen nicht die fachlichen Mängel der Verordnung.

Wer landwirtschaftlich tätig ist, in welcher Form auch immer, betreibt Wirtschaft bei Einhaltung von sehr hohen Standards, ist Unterneh-

mer, muss wirtschaftlich denken und sorgsam mit den Ressourcen umgehen. Als solche werden Landwirte kaum wahrgenommen. Landwirte sind derzeit für alles verantwortlich, für den Klimawandel, das Insektensterben, für Nitrat im Grundwasser und nicht zuletzt sind sie Massentierhalter. In keiner anderen Branche werden Unternehmer mit so viel Bürokratie, Verordnungen und Regelungen gegängelt wie in der Landwirtschaft ohne an Entscheidungen die sie betreffen beteiligt zu sein oder mitreden zu können. Von ihren Unternehmen sollten die Landwirte auch auskömmlich leben können. Da dies derzeit vielerorts nicht gegeben ist, werden die Landwirte wohl weiter demonstrieren.

Wohnungsbau und Flächennutzung

Schwierige Entscheidungen für Gemeindevertreter und Stadtverordnete: Flächen werden gebraucht – dafür müssten Bäume gerodet werden (siehe Seite 2). Was ist nachhaltig? Ein Bericht aus Panketal.

Von Lutz Grieben,
Schwanebeck

Panketal charakterisiert eine ausgeprägte Siedlungsstruktur mit Eigenheimen. Deshalb besteht ein hoher Bedarf an Mietwohnungen, speziell an altersgerechten und Single-Wohnungen. Denn zum Beispiel ältere Bürger, welche ihre Grundstücke nicht mehr allein bewirtschaften können, sollen dennoch im Ort ihren Lebensabend verbringen können.

Nun will es der Zufall, dass sich ein Investor gemeldet hat, der genau solche Wohnungen errichten will,

sogar recht kompakt, das heißt mit überschaubarem Flächenbedarf und hierfür sogar über ein relativ großes Grundstück im Ort verfügt. Es könnte also losgehen und alles wäre gut, oder?

Für das Projekt spricht:

- ▷ es besteht Bedarf an derartigen Wohnungen
- ▷ die Baufläche grenzt beidseitig an bestehende Wohngebiete
- ▷ der Investor verfügt über die Fläche (die Kommune hat keine freien Flächen)

Gegen das Projekt spricht:

- ▷ die vorgesehene Fläche ist im kommunalen Flächennutzungsplan

als Wald ausgewiesen

- ▷ dieser Wald wurde angelegt zur Rekultivierung einer ehemaligen Deponie
- ▷ der Wald grenzt zwei Wohngebiete voneinander ab (Frischlufgebiet)
- ▷ die Leitlinien der Gemeinde sehen als Ziel einen gartenstädtischen Charakter des Ortes vor
- ▷ die Gemeinde widerspricht der Ausweisung neuer Wohngebiete, da die Infrastruktur des Ortes einen weiteren Bevölkerungszuwachs nicht verkraften würde.

Damit sind wir bei grundsätzlichen Fragen: Bedeutet Nachhaltigkeit nur, dass ein aktueller Bedarf

erfüllt wird und dieser so ausgerichtet ist, dass er lang anhaltend ist, egal wo, selbst wenn dafür der Wald abgeholzt und die Infrastruktur überbelastet wird? Oder versteht man unter Nachhaltigkeit, dass die Gesamtentwicklung des Ortes berücksichtigt wird, das heißt also auch Bestandschutz für bestehende Grünflächen (mag der Baumbestand auch noch so minderwertig sein), Begrenzung des Bevölkerungszuwachs auf ein vertretbares Maß (Absicherung der infrastrukturellen Entwicklung, Erhaltung des Wohnwertes mit gartenstädtischen Charakter, Frischluftträume)? Was also ist nachhaltig?

Bernau.Pro.Klima – Eine Ideensammlung.

Maßnahmen gegen den Klimawandel werden dringend gebraucht.

Von Klaus Kleinmann

Die Region um Bernau gilt durch geringe Jahresniederschläge und vorherrschend sandige Böden als besonders anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels. Mit Trockenheit, Hitzestress und extremem Starkregen überlappen sich in und um Bernau mehrere Bereiche der voraussichtlichen Klimabetroffenheit. Deswegen ist es nicht nur sinnvoll, sondern auch höchste Zeit, sich mit Strategien der Klimaanpassung zu beschäftigen. Sonst wird die Beseitigung der Schäden in Zukunft noch sehr viel teurer und erheblich schwieriger.

Bereits 2018 haben die Stadt Bernau und die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) deshalb das Projekt „Bernau.Pro.Klima“ ins Leben gerufen. Etwa 90 Prozent der Gesamtkosten von 300.000 Euro wurden vom Bundesumweltministerium finanziert. Den Rest steuerte die Stadt Bernau bei. Interessierte Bürger*innen, Landnutzer*innen, Vertreter*innen aus der Kommunalpolitik und Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung waren die ganze Zeit über systematisch eingebunden. Gemeinsam sollte erarbeitet werden, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden können. Wichtig war dabei eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, z. B. durch viele Workshops, Vorträge, Umfragen, Stadtrallies, Info-Stände und eine Öko-Fahrradtour. Außerdem sollten die Landschafts-, Flächennutzungs- und Bebauungspläne auf die Frage hin analysiert werden, wie weit sie den Bedürfnissen der Klimaanpassung gerecht werden – und was noch zu tun ist. Zusätzlich war das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) als Kooperationspartner eingebunden.



Abgestorbener Straßenbaum im Zentrum Bernaus.
Foto: Maren Michaelsen

Vier Themenschwerpunkte wurden gebildet:

- ▷ Naturräume der Stadt
- ▷ Gewässer und Feuchtgebiete
- ▷ Wald
- ▷ Offenland/Feldmark

Viele Möglichkeiten für Begrünung und Entsiegelung

In einem Gespräch mit Maren Michaelsen von Bernau.Pro.Klima zeigte sich, dass im „Bereich Stadt“ eine horizontale und vertikale Gebäudebegrünung sinnvoll wäre. Wenn Grünpflanzen auf Dächern und Fassaden wachsen, speichern sie Feuchtigkeit und spenden im Sommer Kühlung. Besonders wichtig ist es, bei neu entstehenden Gebäuden,

vor allem bei Großprojekten, diesen Aspekt schon in der Planungsphase zu berücksichtigen. Auch die naturnahe Begrünung und Entsiegelung von Flächen wäre sinnvoll. Der Bahnhofplatz ist ein gutes Beispiel dafür. Eine Entsiegelung soll dafür sorgen, dass mehr Regenwasser in den Boden eindringen und ins Grundwasser gelangen kann.

Hilfe für das Grundwasser

Die Aufstockung des Grundwasserreservoirs ist auch ein wichtiges Ziel beim Umgang mit Gewässern und Feuchtgebieten. Bei der Teilrenaturierung der Panke wurde ein natürlicher, mäandrierender Verlauf angestrebt, der die Fließgeschwindigkeit verringert und bei der Versickerung hilft. Bei Starkregen dient er als Stauraum. Feuchtgebiete und Sölle in der Feldmark sollten – auch im Sinne der Artenvielfalt – renaturiert werden, indem man z. B. Entwässerungsanlagen aus früherer Zeit beseitigt und statt dessen evtl. sogar Stausysteme einbaut. Generell muss dafür gesorgt werden, dass Wasser aus Niederschlägen in der Region bleibt und nicht, etwa via Kläranlage, in das Flusssystem abläuft.

Mischwald mit der Buche als heimischer Hauptbaumart ist am ehesten klimaresistent. Durch die Verdunstung ist er kühler als Fichten- oder Kiefern-Monokulturen, was seine Anfälligkeit für Waldbrände herabsetzt.

In der Feldmark müsste mehr Struktur- und Artenvielfalt mit Feldhecken und Gehölzinseln geschaffen werden. Der Neuaufbau einer Humusschicht ist wichtig für die Speicherung von Wasser und Nährstoffen im Boden. Wo Humus fehlt, ist der Boden einer verstärkten Erosion ausgesetzt – und wir somit einer erhöhten Staubbelastung. Abgetragenes Erdreich führt zur Verlandung von Teichen und Söllen. Wenn unter der Erdoberfläche nichts lebt, er stirbt auch das Leben darüber.

Und wie weiter?

Das Projekt Bernau.Pro.Klima endet im April. Etwa 50 mögliche Maßnahmen der Klimaanpassung wurden erarbeitet. Diese werden bei der Projektabschlussveranstaltung **am 28. April um 18 Uhr in der Rotunde in Bernau** der Öffentlichkeit vorgestellt. Dann wäre es Sache der Stadt, möglichst viele davon umzusetzen. Leider gibt es dafür keine finanziellen Zuschüsse aus Berlin oder Potsdam. Trotzdem wäre es wichtig, bald ein konkretes Konzept zu entwickeln. Der Klimawandel wartet nämlich nicht, bis Bernau ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht hat.

Immerhin: Die Stadtverwaltung hat mit der Panke-Renaturierung, dem Vorhaben, 1000 Bäume zu pflanzen, der Gründachförderung und der Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes schon wichtige, erste Schritte getan. Die LINKE wird sich für eine weitere Beschleunigung der Maßnahmen einsetzen.

Der Kunden neue Kleider

Von Mathias Holz

Nachhaltige Nutzung von Wildtierfellen wird vom Jagdverband Bernau e.V. unterstützt. Die Aktion „Fellwechsel“ soll im Barnim von mehr Jägern angenommen und unterstützt werden. Hierbei handelt es sich um eine gemeinsame Initiative des Deutschen Jagdverbandes e.V. und des Landesjagdverbandes Baden-Württemberg e.V., zur nachhaltige Nutzung von erlegten Wildtieren. Die „Aktion Fellwechsel“ leistet einen Beitrag zur „vollständigen Verwertung“, da sie die Felle an Kürschner weitergibt, die dort mit einem ökologischen Verfahren gegerbt werden. Die Zusammenarbeit mit Modeketten steht ebenfalls auf der Agenda. Bisher erhalten diese ihre Pelze von Zuchttieren, die teilweise unter üblen Bedingungen gehalten und getötet werden.

Birgit Großmann, Vorsitzende der Jägerschaft Wandlitz im Jagdverband Bernau e.V. meint zur Aktion Fellwechsel: „Ich hoffe, dass die Aktion „Fellwechsel“ zukunftsfähig bleibt, damit wir nachhaltiger nutzen können, was uns die Natur gibt!“

Geburtsbäume für Werneuchen

Von Alexander Horn, Stadtverordneter Werneuchen

Jedem Neugeborenen soll die Stadt Werneuchen einen Baum schenken, das hat die LINKE im Hauptausschuss beantragt. Die Pflanzung eines Baumes zur Geburt eines Kindes ist in vielen Orten ein sehr alter Brauch. Doch auf vielen privaten Grundstücken stehen heute keine Bäume mehr. Eltern, die für ihr Kind einen eigenen Baum pflanzen, werden diesen gießen, pflegen und somit für Nachhaltigkeit sorgen. Neben der Verbesserung der Lebensqualität soll durch diese Aktion versucht werden, das Thema umweltbewusstes Handeln stärker in die Familien zu tragen.

Die LINKE würde gern regeln, dass ausschließlich einheimische Bäume (Laub- oder Obstbäume) verschenkt werden. Eltern sollen den Baum „ihres Kindes“ in geeigneter Form kennzeichnen dürfen, das Geschenk auch ablehnen dürfen. Eigenes Grundstück oder Ersatzbepflanzung, beides soll möglich sein. Als Kostenobergrenze (Baum, Pflanzung, Transport, Schutzmaßnahmen) sollen 200 Euro beschlossen werden. 4.000 Euro kalkuliert die LINKE dafür für ein Haushaltsjahr.

Die Zukunft steht jetzt im Stau

Der lange Weg zur dritten O-Bus-Linie in Eberswalde

Von Veiko Kunkis

Eine neue O-Bus-Linie für Eberswalde wollte die Kreispolitik. Die Linie hat sie bekommen. Saubere O-Busse fahren darauf nicht. Wie es dazu kommen konnte, ist eine längere Geschichte...

Vor zwölf Jahren stand es nicht gut um den O-Bus. Strippen in Innenstädten galten als altmodisch und „ostig“. Im April 2007 stand der Eberswalder O-Bus gar vor dem Aus. Die Kreisverwaltung hatte ein Gutachten in Auftrag gegeben, ob es sich noch lohne, neue O-Busse zu beschaffen. Die alten waren damals am Ende ihrer Nutzungsdauer. Die Lösung sollten Brennstoffzellenbusse sein.

Der Wirtschaftsausschuss des Landkreises hatte sich daraufhin auf den Weg nach Hamburg gemacht, um sich den dort laufenden Modell-

versuch der Hamburger Hochbahn mit Brennstoffzellenbussen anzusehen. Die Frage der Wirtschaftlichkeit war schnell beantwortet: Trotz üppiger Förderung wären Beschaffungskosten und Betriebskosten um ein Vielfaches höher gewesen als für den O-Bus.

Es war vor allem die LINKE, die sich damals im Landkreis für den Erhalt des O-Busses stark gemacht hat – und es war der richtige Weg. 2008 wurde die Beschaffung neuer O-Busse ausgeschrieben, bis 2012 war die neue Flotte komplett. Geliefert wurden sie von der Firma Solaris aus Polen. BBG-Geschäftsführer Frank Wruck hatte sich damals auch gewünscht, dass die Busse statt eines Diesel-Hilfsantriebs einen Batteriespeicher bekommen. Doch die konnte in der EU niemand liefern. Schließlich hatte der letzte, 2012 gelieferte Solaris-Bus, endlich einen

solchen Speicher.

Bereits ein Jahr zuvor hatte Wruck ein Projekt mit dem Fraunhofer-Institut eingefädelt, dass sich mit der Entwicklung solcher Batteriespeicher beschäftigte. 2015 mündete das in eine Art Linienstudie, aus der schließlich die dritte Eberswalder O-Buslinie entstehen sollte. Der Landkreis unterstützte das Vorhaben in seiner Nahverkehrsplanung, die Umrüstung der Busse begann, im Dezember 2019 sollte es nach dem Willen der Kreispolitik losgehen.

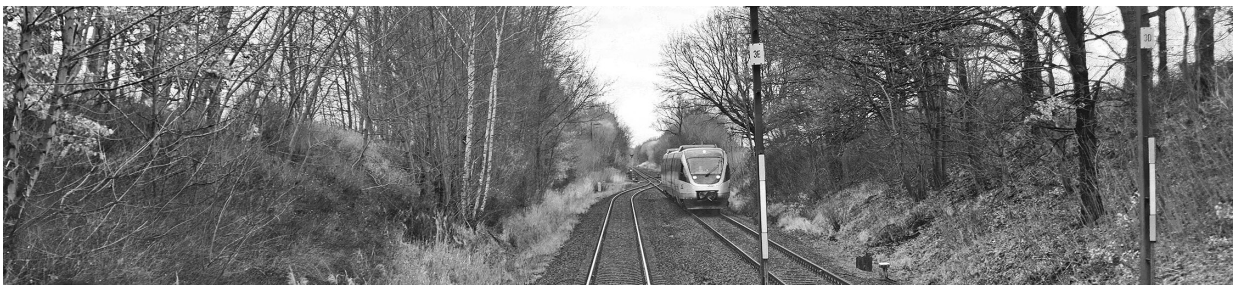
Die Regionalbuslinie 910 von Finowfurt nach Eberswalde-Süddend, die bisher Eberswalde als Expressbuslinie durchquerte, wurde in das Stadtliniennetz integriert, so dass gemeinsam mit den bisherigen O-Bus-Linien 861 und 862 nun ein annähernder 5-Minuten-Takt auf der Eberswalder Hauptverkehrsachse besteht. Die Busse sollen an den

Streckenenden nach Süddend und Finowfurt, an denen keine Fahrleitung hängt, aus der Batterie fahren – so der Plan.

Nun rollt die neue Linie – aber nicht wie geplant mit O-Bussen. Es gibt technische Probleme bei der Umrüstung. Und die vorhandenen zwölf O-Busse reichen auch nicht mehr für alle drei Linien, weil die Stadt Eberswalde auf einem langen Abschnitt der B 167 Tempo 30 eingeführt hat und auf einem anderen Stück eine Fahrspur abgeschafft wurde. Folge: Die Busse brauchen länger, auf den bisherigen O-Bus-Linien müssen mehr Fahrzeuge eingesetzt werden. Die BBG muss jetzt zwei zusätzliche O-Busse für die Linie beschaffen. Die würden „frühestens 2021, eher 2022“ geliefert, so Wruck. Solange also wird weiter gedieselt. Die Zukunft steht jetzt im Stau.

Wiederbelebung der „Grundzentren“

Groß Schönebeck, Oderberg, Werneuchen, Joachimsthal, Biesenthal und Wandlitz können ab 2021 mit finanzieller Unterstützung rechnen, um ihrer „Umlandfunktion“ gerechnet zu werden.



Ob Wiederinbetriebnahme der Heidekrautbahn, ob Taktverdichtung bei Busverbindungen, ob Verlängerung der Bahnlinie nach Werneuchen – Städte und Gemeinden im ländlichen Raum können

Foto: Bahnstrecke zwischen Basdorf und Berlin-Gesundbrunnen von Klaus Kleinmann

Von Ralf Christoffers,
Regionale
Planungsgemeinschaft (RPG)

Bis vor 10 Jahren existierten im Land Brandenburg Grundzentren im ländlichen Raum. Diese Gemeinden hatten die Funktion, Einzelhandel sicher zu stellen, ärztliche Versorgung zu konzentrieren, Wohnraum zu entwickeln, Verwaltungsdienstleistungen und ÖPNV anzubieten. 2009 wurden diese Grundzentren Durch die SPD/CDU-Landesregierung abgeschafft. Damals waren viele Experten, Bürgermeister, auch die LINKE, dagegen. Mit der Erarbeitung des neuen Landesentwicklungsplanes Berlin-Brandenburg 2019 korrigierte die Rot-Rote Landesregierung diese Entscheidung. Dabei war Position der LINKEN: Diese Orte, die nun Grundfunktionale Schwerpunkte

(GSP) heißen, nicht durch die Landesregierung vorzuschlagen, sondern durch die Regionalen Planungsgemeinschaften, weil die Kompetenz bezüglich der örtlichen Gegebenheiten vor Ort höher ist.

Um GSP werden zu können, müssen Städte und Gemeinden 11 Kriterien erfüllen, dazu gehören Sitz einer Kommunalverwaltung, Existenz einer Schule, allgemeinmedizinische Versorgung, Bank- oder Sparkassenfiliale, Anbindung an ÖPNV.

Davon ausgehend gab es in der Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim, 10 Städte und Gemeinden, die diese Kriterien erfüllen. Im Barnim sind das: Biesenthal, Joachimsthal, Wandlitz, Werneuchen. Um einen ausgewogenen Vorschlag zu unterbreiten, gab es eine längere Diskussion über Ausnahmeregelungen. Im Ergebnis wurden für den

Barnim noch Groß Schönebeck und Oderberg zusätzlich ausgewiesen.

Es liegt jetzt ein Planungskonzept vor, das nach Bestätigung durch die RPG öffentlich ausgelegt werden kann. Damit diese Orte bereits im Jahr 2021 Unterstützung in Höhe von 100.000 Euro jährlich durch das Land erhalten, muss bis Oktober 2020 nach öffentlicher Auslegung entschieden werden. Die RPG Uckermark-Barnim hat dafür im Februar alle vorbereitenden Arbeiten abgeschlossen.

Neben dieser finanziellen Unterstützung können die genannten Städte und Gemeinden zusätzliche Flächen für Wohnungsbau und Einzelhandel ausweisen. Im Rahmen des ÖPNV erhalten sie einen höheren Stellenwert, können eine zentralere Funktion einnehmen und verkürzen damit auch Fahrwege.

Müllberg durch Wahlplakate verkleinern

Von Alexander Horn,
Stadtverordneter Werneuchen

Wahlen liegen hinter uns, Wahlen liegen vor uns! Und nach jeder Wahl nimmt auch in Werneuchen der Müllberg an ausgedienten Wahlplakaten zu, seit einigen Jahren sogar der Plastikmüll. Vielen Wahlkandidaten ist es nicht wie Herrn Peter Vida aus Bernau vergönnt, im nächsten Jahr essbare Werbung zu installieren.

Hier in Werneuchen beeinflusste die steigende Anzahl der Plakate die Verkehrssicherheit. Ordnungswidrig hingen sie an Verkehrsschildern, zu nahe an Kreuzungsbereichen, aber auch 5 (fünf) übereinander – eine Verschandelung der Ortsbilder.

Die Fraktion der LINKEN unterbreitet deshalb den Stadtverordneten den Vorschlag, die Anzahl der Wahlplakate auf insgesamt 100 Stück pro Wahlvorschlagsträger für das gesamte Stadtgebiet zu begrenzen. Zusätzlich soll die Anzahl der Großplakate auf 1 Stück pro Wahlvorschlagsträger pro Ortslage reduziert werden. DIE LINKE erhofft sich bei Zustimmung der Abgeordneten nicht nur mehr Ordnung und Sauberkeit, sondern auch, dass die Wahlvorschlagsträger mit weniger finanziellen Möglichkeiten nicht strukturell benachteiligt werden.

Flächenversiegelung wird zum Problem

LINKE Ahrensfelde/Werneuchen: Ja zu Wohnraum und Infrastruktur, aber zwingend mehr begrünte Flächen, neue Anpflanzungen und Speicherung von Regenwasser

Von Fraktion DIE LINKE
Ahrensfelde

Der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR) weist, neben anderen, die Region um Ahrensfelde und Werneuchen als Siedlungsachse aus. Auf dieser Grundlage erarbeiten die Gemeinde Ahrensfelde und die Stadt Werneuchen ein gemeinsames Achsenkonzept, welches den Bau einer Vielzahl von Wohnungen, zumeist Einfamilienhäuser, beinhaltet.

Hinzu kommen Einrichtungen der Infrastruktur und Straßen.

In allen Ortsteilen wird weiter gebaut, es entstehen viele Einfamilienhäuser. Bei allen positiven Aspekten dieser Entwicklung fällt auf, dass der Anteil versiegelter Flächen steigt und zunehmend auf Anpflanzungen verzichtet wird. Die bebaute Fläche wächst zu Lasten der natürlichen Umgebung.

Die Fraktion Die Linke setzt sich in der Gemeindevertretung für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung der Gemeinde ein.

Wir meinen, dass mit dem weiteren Ausbau der Gemeinde zwingend die folgenden Schritte zu verbinden sind:

- ▷ Erweiterung des Bestandes an Bäumen, Sträuchern und Hecken im Gemeindegebiet
- ▷ Entsiegelung von Flächen zum Zweck der Bepflanzung
- ▷ Verhinderung des Abflusses

und Speicherung von Regenwasser

Bäume erzeugen Schatten und Verdunstungskühle. Sie entnehmen für ihren Stoffwechsel Kohlenstoffdioxid aus der Atmosphäre. Wir sind gegenüber zukünftigen Generationen verpflichtet, die uns umgebende Natur zu pflegen und zu erhalten.

Wir werden bei jedem neuen B-Plan darauf drängen, dass äquivalente Flächen zur Bepflanzung mit Bäumen, Sträuchern und Hecken verpflichtend ausgewiesen und entsprechend bewirtschaftet werden.

Dazu ist auch erforderlich, dass der Landkreis die Kriterien für die Verwendung von Ausgleichszahlungen überprüft.

Die Einwohner*innen werden bisher in die Planung, Pflanzung und Pflege von Bäumen und Sträuchern zu wenig einbezogen. Auch das ist



Alltag in Ahrensfelde: Verkehrsprobleme, Dauerstau, Flächenversiegelung – die Gemeindevertreter suchen nach neuen Lösungen. Foto: fm

ein Tätigkeitsfeld, dem sich die Fraktion stellen wird.

Die bestehenden bau- und planungsrechtlichen Vorschriften lassen es nach unserer Kenntnis nicht zu, neue Bauvorhaben verpflichtend mit der Erweiterung des Baumbestandes in der Gemeinde zu verbinden. Wir werden deshalb mittels eines Antrages an die Gemeindevertretung vor-

schlagen, dass sich die Gemeinde der Initiative „Billion Tree Campaign“ der Vereinten Nationen anschließt. Einerseits sollen geeignete Flächen der Gemeinde mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt werden, andererseits sollen die Grundstückseigentümer im Gemeindegebiet für die Baumpflanzung gewonnen und unterstützt werden.

Aktionsplan „Klimaschutz“ in Wandlitz

Fraktion DIE LINKE/ B90/Die Grünen/UWG initiierte einen Antrag, wonach künftig alle Vorhaben der Gemeinde auf ihre klimatischen Auswirkungen geprüft werden

Von Isabelle Czok-Alm,
Gemeindevertretung Wandlitz

Im September 2019 wurde in Wandlitz über die Beschlussvorlage unserer Fraktion DIE LINKE/ B90/Die Grünen/UWG beraten: Die Gemeindevertretung beschließt die Ausrufung des Klimanotstandes und erkennt die Eindämmung der Klimakrise und deren Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an. Bei künftigen Entscheidungen der Gemeinde Wandlitz sollen die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt und Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken, bevorzugt werden.

Für sämtliche politischen Entscheidungen soll ein Kästchen Auswirkungen auf den Klima- und

Artenschutz mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ oder „Nein“ verpflichtender Bestandteil werden. Darüber hinaus muss in der Begründung eines Antrages die jeweilige Auswirkung dargestellt werden. Die Bürgermeisterin wird aufgefordert, jährlich über Fortschritte, aber auch Schwierigkeiten bei der Reduktion von Emissionen Bericht zu erstatten.

In der Begründung heißt es, dass Wandlitz die Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen als vorrangige Aufgabe anerkennt. Die Gemeindevertretung muss bei künftigen Beschlüssen die Auswirkungen auf das Klima besonders berücksichtigen. Maßnahmen, die den Klimawandel und dessen Folgen abschwächen, müssen Priorität erhalten.

Wir allein können den Klimawandel nicht aufhalten, wir können uns aber auch nicht damit zufriedengeben, auf die Landes- oder Bundespolitik zu warten. Daher wird der Umwelt-Ausschuss zusammen mit der Verwaltung beauftragt, weitere Vorschläge für den Klima- und Artenschutz in Wandlitz zu unterbreiten, damit der symbolischen Wirkung konkretes Handeln folgt.

In den Ortsbeiräten und Ausschüssen wurde der Antrag vorab kontrovers diskutiert. Die meisten Diskussionen verursachte der Begriff „Klimanotstand“. Von Angst vor Handlungsunfähigkeit der Gemeinde, bis hin zum Vorwurf aus den Reihen der AFD, der Antrag sei populistisch und wir würden uns nur an die Bewegung Fridays for Fu-

ture hängen, waren die Argumente vielfältig. Gleichzeitig bestand bei den meisten Einigkeit, dass Klimaschutz ein Thema höchster Priorität ist, welches auf kommunaler Ebene Beachtung finden muss. Auch die Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen wurde thematisiert. In Bezug auf die Begriffe signalisierten wir Offenheit, jedoch ohne den Inhalt aufzuweichen. Unter dem Titel „Aktionsplan Klimaschutz - Die Gemeindevertretung erkennt die Eindämmung der Klimakrise und deren Folgen als vorrangige Aufgabe an“, wurde die geänderte Vorlage in namentlicher Abstimmung mehrheitlich beschlossen (Ja 19, Nein 1, Enthaltung 5). Damit konnten wir ein wichtiges Zeichen für Klima- und Artenschutz in Wandlitz setzen.

Reizthema Windkraft: 155 Windkraftanlagen gibt es im Barnim, 2 Kilometer vom Liepnitzsee entfernt und bei Prennden gibt es noch Windeignungsflächen. Bei einem in Brandenburg empfohlenen Mindestabstand von 1000 Metern zu Wohnbebauungen, geschützten Naturflächen (eine bundeseinheitliche Regelung gibt es nicht), stehen unter 2 Prozent der Landesfläche als Windeignungsgebiete zur Verfügung. Die Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim weißt Gebiete aus, das Landesumweltamt genehmigt Anlagen auf Antrag der Betreiber im Planungsverfahren unter Beteiligung der Kommunen. Wieviel Produktionsbedarf gibt es, wenn 2038 das letzte Kohlekraftwerk vom Netz geht? Wie kann Stromversorgung und -übertragung gesichert und Strom gespeichert werden? Themen, die in kurzen Statements nur angerissen werden können.

Pro Windkraft

Von Ralf Christoffers, Mitglied in der Regionalen Planungsgemeinschaft Barnim-Uckermark (LINKE)

Vor dem Hintergrund der Klimaentwicklung ist die Energiewende notwendig. Die Bundesrepublik kann dafür technologisch neue Entwicklungen vollziehen und Sozial- und Industriestaat bleiben. Deshalb bin ich für einen angemessenen Anteil an Windkraft als Teil der Energiewende, die die Bereiche Energieerzeugung und -übertragung, Mobilität und Wärmemarkt umfasst. Auf diesen vier Säulen basiert die Energiestrategie 2030, die unter der Rot-Roten Landesregierung in Brandenburg 2011 beschlossen wurde. Damit hat Brandenburg die Entwicklung von Speichertechnologien voran getrieben: Wasserstoff, Wärmespeicherung, Batteriespeicher, Salzspeicher, Eisspeicher stehen inzwischen zur Verfügung und könnten in den nächsten 10 Jahren in das Netz der Energieversorgung integriert werden. Dies ist entscheidend, um eine dauerhafte, wetterunabhängige, Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien zu ermöglichen.

Die Energiewende wurde zu Beginn als etwas „konfliktfreies, moralisch Gutes“ dargestellt. Das ist falsch. Es werden Flächen benötigt, die sich nicht in Großstädten sondern ausschließlich in ländlichen Räumen befinden, faktisch eine Industrialisierung des Ländlichen. Deshalb muss festgelegt werden, unter welchen Bedingungen Flächen in Anspruch genommen werden dürfen. Brandenburgs Fläche beträgt 29.654 Quadratkilometer, 2 Prozent davon (593 km²) könnten für Windkraft genutzt werden. Das ist eine absolute Grenzbelastung! Aber im Umkehrschluss: Auf 98 Prozent der Flächen dürfen keine Windräder gebaut werden.

Um Infraschall gering zu halten, wird in Brandenburg ein 1000-Meter-Abstand zu Wohngebäuden empfohlen, eine bessere Norm als in vielen anderen Ländern.

In Brandenburg gibt es gegenwärtig 3.890 Windkraftanlagen (Dezember 2019). Zum Vergleich: in Mecklenburg-Vorpommern: 1.942, in Niedersachsen: 6.342. Die Akzeptanz ist sehr verschieden, und unterscheidet sich auch zwischen Generationen. Vor einer Entscheidung aber werden Betroffene einbezogen.

Es gibt in der Bundesrepublik ein großes Defizit im Leitungsausbau, unter anderem wegen Klage- und langwierigen Planungsverfahren, was im übrigen auch zu erheblichen Kostensteigerungen führt.

Im Bereich der Erneuerbaren Energien, einschließlich Windkraft, arbeiten gegenwärtig mehr Beschäftigte als in den Kohleregionen bundesweit, in Brandenburg 18.600 (Stand: 2016).

Nach Angaben der Bundesnetzagentur wurden nur 2,6 Prozent der Energieerzeugung aus Erneuerbaren Energien „abgeregelt“, das heißt, dass die Produktionsanlagen vom Netz genommen wurden. 2019 wurden rund 1,4 Milliarden Euro bundesweit für so genannte Systemsicherheit im Stromnetz aufgewandt, darunter 473 Millionen für das Regeln und Herunterfahren konventioneller Kraftwerke, 635 Millionen für abgeregelte EEG-Anlagen und 330 Millionen für den Einsatz der Reservekraftwerke. Diese Aufwendungen sind nur zu verringern, wenn der Netzausbau und die Integration von Speichern so schnell wie möglich umgesetzt wird.

Bürgerinnen und Bürger müssen bei Stromkosten entlastet und die Kosten gerechter verteilt werden. Seit 2010 verhindern aber vor allem Baden-Württemberg und Bayern eine deutschlandweit einheitliche Umlage. Vorschläge zur Entlastung von Regionen, die einen hohen Anteil erneuerbarer Energien haben, wie z.B. die Senkung der Stromsteuer, haben bisher keine Mehrheit gefunden. Im so genannten Kohlekompromiss finden sich Aussagen, das zu verändern. Bisher sind sie nicht umgesetzt worden.



Contra Windkraft

Von Dr. Burckhard Ackermann, Gemeindevertreter in Ahrensfelde (LINKE)

Warum ich die ungebremste Errichtung von Windrädern kritisch sehe:

Seitdem im Jahre 2011 nach dem Tsunami und der Katastrophe von Fukushima der Atomausstieg Deutschlands für 2022 beschlossen wurde, frage ich mich, wie soll das Industrieland Deutschland seine Energiebilanz gestalten? Wo kommt dann der Strom und die Wärme her? Zuverlässig, stabil, bedarfsgerecht und für alle bezahlbar sollen sie sein. Für viele ist die Errichtung von Windrädern die einzige Alternative.

Auf den ersten Blick scheint das auch so zu sein.

Windenergie ist eine der saubersten Energiequellen, die wir auf der Erde haben, sie ist unerschöpflich, kostenlos, dauerhaft und erneuerbar, eine scheinbar perfekte Energiequelle.

Aber kann sie einen Industriestandort Deutschland anspruchsgerecht versorgen?

Sie unterliegt natürlichen Schwankungen, deshalb braucht man vor allem Speicher, die es in absehbarer Zeit aber nicht geben wird. Das Stromnetz hat praktisch keine Speichermöglichkeit, deshalb müssen Stromnachfrage und -erzeugung immer im Gleichgewicht sein, nur mit Windrädern kann man das nicht erreichen.

Windflauten, oder sehr starke Winde mit Orkancharakter führen zu Abschaltungen von Anlagen und einer Unterversorgung des Netzes. Mit dem sukzessiven Abschalten der Kohlekraftwerke wird sich die Situation noch verschlimmern und Versorgungsprobleme könnten die Folge sein. Oder noch schlimmer, wir müssen Atomstrom aus Frankreich oder aus veralteten Kohlekraftwerken unserer Nachbarländer importieren.

Seit 20 Jahren wird die Errichtung von fast 40.000 Windrädern über die EEG-Umlage (Erneuerbare Energien Gesetz - d.Red.) hoch subventioniert, vor allem zu Gunsten großer Konzerne, aber auf Kosten aller Verbraucher. Jetzt stottert die „Gelddruckmaschine Windräder“, über 30 Milliarden Euro hat sie schon ausgespuckt. Die Förderung läuft bei vielen Anlagen bald aus, und 10 Prozent Rendite sind nicht mehr möglich. Schon jetzt werden in jedem Jahr über 1 Milliarde Euro an Wind-

kraftbetreiber ausgezahlt, deren Windräder gar nicht am Netz sind.

In der Bevölkerung wächst die Ablehnung gegen tausende zumeist auch noch höhere Anlagen. Die Diskussion um Infraschall, Mindestabstand zu Wohnbebauungen, Habitatszerstörung, Beeinträchtigungen durch Flugwarnbefeuerung und der Einfluss auf das Landschaftsbild wird sehr emotional geführt und oftmals werden die Kritiker dieser Politik als Interessenvertreter der Atom- und Kohlelobby verunglimpft. Eine Versachlichung dieser Diskussion ist dringend geboten. Die Akzeptanz nur durch Entschädigungs- oder Kompensationszahlungen angrenzender besonders betroffener Gemeinden herzustellen, greift meines Erachtens zu kurz. Nur mit den Bürgern kann die Energiewende gelingen. In die Planung von Windkraftanlagen müssen sie einbezogen werden und zwar nicht erst wenn sie protestieren, sondern von Anfang an.

Strom- und Wärmeversorgung sollten generell nicht Gegenstand von Renditeüberlegungen sein. Bei uns in Brandenburg stehen fast 4.000 Windräder und trotzdem haben wir die höchsten Strompreise, dass versteht kaum jemand.

Fast 1.000 Bürgerinitiativen in Deutschland haben sich gebildet und fordern ein Moratorium des Baus neuer Anlagen bis klar ist, wie der Strom gespeichert werden kann, wie er von Nord nach Süd kommt und ob neue Technologien wie z.B. „Power to Gas (Wasserstoff)“ eine Zukunft haben.

Frauen-
geschichte(n)**Ellen Henrietta Swallow
Richards**

März

Von Gisela Zimmermann

Ellen wurde am 3. Dezember 1842 in Dunstable, Massachusetts geboren. Ihre Eltern waren beide Lehrer, betrieben aber auch eine kleine Farm und verschiedene Läden, wo Ellen mithelfen musste. Mit 17 Jahren begann sie Kurse für Mathematik, Französisch und Latein zu belegen. Ihr Ziel war die Ausbildung an einem College. Um das Geld dafür zu sparen, unterrichtete sie. Nebenbei pflegte sie ihre kranke Mutter. Von 1867 bis 1870 studierte sie am Vassar College. Danach setzte sie ihr Chemiestudium am Massachusetts Institute of Technology (MIT) fort. Damit war Ellen die erste Frau an einer wissenschaftlichen Hochschule. Nach ihrem Abschluss im Jahr 1875 heiratete sie den Professor R. H. Richards. Beide unterstützten einander in ihrer Arbeit. Während ihrer Tätigkeit am MIT setzte sie sich für die Förderung des naturwissenschaftlichen Studiums von Frauen ein. Die Gründung des Laboratoriums für Frauen am MIT, das sie bis 1883 leitete, geht auf ihre Initiative zurück. Im gleichen Jahr wurden erstmals Frauen regulär zum Studium am MIT zugelassen. Ellen war mit ihrer Zeitplanung, ihren vielfältigen Interessen und ihrem großen Wissen für viele ein Vorbild. Als die Gesundheitsbehörde 1887 beschloss, die gesamte Wasserversorgung des Landes innerhalb von 2 Jahren zu untersuchen, wurde ihr die Verantwortung für die Laborarbeiten übertragen. Diese Pionierarbeit war beispielgebend, weshalb 1890 am MIT das Unterrichtsprogramm „sanitary engineering“ ins Leben gerufen wurde. Etliche Generationen von Studierenden erlernten hier die Analyse des Wassers, der Abwässer und der Luft. Viele ihrer StudentInnen wurden später inner- und außerhalb der USA führend auf dem neuen Gebiet der »Umwelthygiene« – einer Vorstufe der Ökologie, weshalb sie auch die „Mutter der Ökologie“ genannt wurde. Ellen Richards starb am 30. März 1911 in Boston.

Plastikfreie Märkte in Bernau

LINKE: 10.000 Papiertüten soll Stadt Händlern zur Verfügung stellen

Von Matthias Holz,
Stadtverordneter Bernau

Erste Schritte zu einer deutlichen Reduzierung von Plastikverpackungen und -artikeln wurden in den vergangenen Monaten sowohl auf EU- wie auch auf Bundesebene festgelegt. Damit soll die Vermüllung unserer Meere und Landschaften mit Plastik und die Folgen auf Mensch und Natur eingedämmt werden. Hierdurch ist nicht nur beim Verbraucher ein Problembewusstsein entstanden, sondern auch die Einzelhändler Bernaus haben mit Hinweisschildern oder Aktionen auf das Plastikproblem hingewiesen. Besonders lobenswert: Der EDEKA Markt in der Bahnhofspassage oder der REWE in Schönow fordern ihre Kundinnen und Kunden auf, saubere „Tupperware“ zum Befüllen an der Fleisch- oder Fischtheke mitzubringen, um unnötige Plastikverpackungen zu vermeiden.

Die Fraktionen der LINKEN



Foto: Matthias Böckel auf pixabay

und Bündnis90/Die Grünen sind der Meinung, dass auch die Stadt hier mit gutem Beispiel vorangehen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Organisation der Märkte (Wochenmarkt, Kunst- und Handwerkermarkt, etc.) eine deutliche Reduzierung der Plastikverpackungen fördern sollte. Deshalb beschloss die Stadtverordnetenversammlung Ende 2019 auf Antrag der beiden Fraktionen, dass die Stadt Papiertüten für alle Anbieter auf den Märkten der Bernaus zur Verfügung stellt. Bislang wurden in begrenztem Umfang relativ hoch-

wertige, mit Logos der Stadt bedruckte Papiertüten an Händler ausgegeben, was bei diesen hohen Anklang fand. Nun sollen einfachere Tüten aus Recyclingpapier (möglichst in verschiedenen Größen) beim Umstieg von Plastik auf Papier helfen. Sie

sollen zusätzlich zu den hochwertigeren Stoff- und Papiertragetaschen an Händler ausgegeben werden. Die Kosten (inklusive Druck) werden für etwa 10.000 Papiertüten auf 3000 € netto geschätzt. Deren Anschaffung und die Kostenübernahme beschloss die Stadtverordnetenversammlung. Damit können die Papiertüten 2020 den Händlern auf den Bernauer Märkten kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. In diesem Jahr sollte zudem gemeinsam mit den Händlern eine Strategie zum Verzicht von Plastikverpackungen besprochen werden.

Lösungswort dieser Ausgabe: die grau unterlegten Felder benennen – in der richtigen Reihenfolge gelesen – eine Funktion der LINKEN im Brandenburger Landtag, dieses Lösungswort bitte **bis zum 30. März 2020** an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; **Preis dieser Ausgabe:** 1 Jahresabo des „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Waagrecht: 1. Halbrund, **5.** russ. orthod. Priester, **7.** ält. lat. Bibelübersetzung, **10.** Körpergewicht, **11.** Flüssigkeitsrest, **12.** Nachziehkarte, **14.** Abk. f. Personal i. Rettungsdienst, **17.** Halbaffe, **20.** enger Weg, **23.** Jägerrucksack, **24.** Baumstraße, **25.** Nagetier, **26.** Kur (Abk.), **28.** weibl. Vorname, **29.** engl.: Baum, **31.** Spion, **33.** franz.: Sommer, **34.** nord. Göttergeschlecht, **36.** Krach, **38.** Preisnachlass, **39.** nord. Männername, **40.** Registerkarte, **41.** Fels, **42.** Gestalt aus „Wallenstein“, **44.** Abk. f. ein Unterrichtsfach, **45.** Ringelwurm, **47.** Luftdruckgebiet, **49.** Hebel, **50.** Grundnahrungsmittel, **52.** Erdzeitalter, **54.** Flugkörper, **56.** Nähmaterial, **59.** Südasiat, **62.** Sultanserlass, **63.** umgangssprachl.: unangenehm auffallen, **64.** franz. Bildhauer (1840-1917), **65.** Wurzelgemüse, **66.** engl.: Krankenschwester

Preisrätsel

Senkrecht: 1. Grundlage, **2.** Fortbewegungsart, **3.** Metallbolzen, **4.** alte chines. Münze, **5.** Störung, **6.** Klassenbester, **8.** Krankentransportgerät, **9.** Visionär, **13.** weibl. Vorname, **15.** Nebenfluss d. Weser, **16.** Nebenfluss d. Rhone, **18.** Destillationsrückstand von Erdöl, **19.** Bodenständiger, **21.** Aufgussgetränk, **22.** Ansehen, **27.** Verfolgung, **29.** Knolle d. Aronstabgewächses, **30.** Gezeit, **32.** Nebenfluss d. Donau, **33.** Haushalt, **34.** Fluss in d. Schweiz, **35.** Brillenbehälter, **37.** mathemat. Teilgebiet, **38.** Theaterplatz, **40.** Abgrund, **41.** Brauch, **42.** saloppe Sprache, **43.** Jurist, **46.** kroat. Schelm, **48.** Paradies, **50.** ausgedehnt, **51.** Tonintervall, **53.** weibl. Vorname, **55.** Lebewesen (Mz.), **57.** Schiffszubehör, **58.** Berliner Original, **60.** künstler. Bewegung Anfang 20. Jh., **61.** dt. Schriftsteller (1889-1979, „Trini“)

